

geltenden Gewerbesteuer. Es entspricht also nicht den Tatsachen, daß die Regierung den sächsischen Tarif ausschließlich vertreten hat; die Auffassung der Regierung war vielmehr, daß die kleinen und mittleren Einkommen auch bei der Gewerbesteuer noch weiter entlastet werden müssen.

Ich habe weiter auch keine Unklarheit darüber gelassen, daß der Regierung die Einsetzung der Einnahmen große Sorgen bereitet. Die Höhe der Einnahmen liegt letzten Endes nicht mehr in unserer Macht, da ja der Reichstag über uns entscheidet, und ich habe auch auf die Konsequenzen zur Genüge hingewiesen. Die Einnahmen selbst sind sehr gewissenhaft und vorsichtig errechnet. Wir haben eine Verschlechterung unserer wirtschaftlichen Lage durchaus bei unseren Steueransätzen in Rechnung gestellt, selbstverständlich aber nicht damit gerechnet, daß möglicherweise das Reich um 120 Mill. M. wegnehten werde. Gegen eine Kürzung der Einnahmen in diesem Falle sprechen finanzpolitische Gründe, denn wenn das Reich sehen würde, daß die Länder mit diesem Ausfall von vornherein rechnen, so würde der Widerstand der Länder nicht als ernst und berechtigt angenommen werden. (Bravo! b. d. S. 10.) — Abg. Liebmann: Warum haben Sie nichts über die 80 Millionen gesagt? — Finanzminister Weber: Steht doch in der Einnahme!

Abg. Siwert (Oppos. Komm.): Das Geplänkel, das wir eben zwischen Herrn Dr. Dehne und dem Finanzminister mit anhören konnten, zeigt uns zwar, daß die Koalition nicht ganz homogen ist, aber wir sehen bei der Prüfung des Etats, daß der Grundzug des Etats einheitlich ist. Hier steht Klasse gegen Klasse, der Etat ist klassenmäßig aufgestellt, das drückt jedes einzelne Etatkapitel klar aus. (Sehr richtig! b. d. Oppos. Komm.)

In diesem Etat kommt auch der bewußte Wille zur Macht zum Ausdruck, der der herrschenden Klasse eigen ist. In diesem Etat kommt zum Ausdruck, daß die herrschende Klasse vermöge ihrer Macht diktiert will, daß sie dem Staatsganzen ihr Gesicht aufzwingen will. Wir müssen uns deshalb darüber klar werden, daß es notwendig ist, die herrschenden Machtverhältnisse zu ändern. Wenn der Etat geändert werden soll, wenn man im Interesse der breiten armen Massen die Mittel verwenden will, dann muß man die Machtverhältnisse in der Gemeinde, im Lande, im Reiche ändern. Man muß der herrschenden Klasse die Macht entreißen und das Proletariat auf diese Machtentziehung einstellen. Aus den Reden des Bürgerturns ging hervor, daß die Schwierigkeiten, die Gesellschaft zusammenzuhalten, immer größer werden, daß allenthalben Kluftgriffe angewendet werden müssen, um den Bestand der Gesellschaft zu sichern. Wir sehen, daß die Gemeinden nicht mehr mit den Finanzen auskommen, die ihnen von den Ländern überwiesen werden. Wir sehen die große Erwerbslosigkeit. Es sind also überall Tatsachen zu verzeichnen, die uns zeigen, daß das Gleichgewicht nicht mehr besteht, daß die Arbeiterklasse, wenn sie nicht haben will, daß sie zur Deckung aller Lasten herangezogen wird, dieses Gleichgewicht wieder herstellen muß. Das kann sie nur, wenn sie die Macht übernimmt, und das ist nur möglich durch den Sturz der herrschenden Klasse.

Kann man nun mit Koalitionspolitik, mit einer Politik der Arbeitsgemeinschaft oder der Wirtschaftsdemokratie diesen bewußten Willen zur Macht bei den Arbeitern fördern? Ich sage nein, das ist völlig undenkbar. Man erzeugt damit nur Illusionen. Man verleiht dadurch nur die klare Klassencheidung. Wir müssen dafür sorgen, daß sie klar herausgeschält wird. Während die ganze linke Sozialdemokratie theoretisch den Klassenkampf behauptet, tut sie praktisch alles, um den bewußten Willen der Arbeiter zur Macht zu hemmen. Deshalb müssen wir den linkssozialdemokratischen Arbeitern sagen, daß man auf diesem Wege nicht zum Ziele kommen kann. (Zurufe b. d. S. 10.) Ich bin der Meinung, daß auch für alle diese politischen Fragen das gilt, was man bei allen kleinen Erfahrungen immer wieder feststellen kann: man lernt erst bei der praktischen Ausübung einer bestimmten Aufgabe, einer bestimmten Arbeit. Den revolutionären Willen, die theoretischen Grundzüge im Kampfe zu verwirklichen, finden wir wieder bei den linken Sozialdemokraten, von den rechten gar nicht zu sprechen, noch bei der jetzigen Führung der kommunistischen Partei. (Zurufe b. d. S. 10.)

Bei der Bourgeoisie sehen wir im Gegensatz dazu einen ganz bewußten Willen zur Macht. Diese kleinen Differenzen, die hier ausgetragen werden, sollen und nicht darüber täuschen, daß sich die herrschende Klasse in einem einzig in, in dem geschlossenen Kampfe gegen die Arbeiterklasse: keine Konzessionen an die Arbeiterklasse, rücksichtslose Bekämpfung aller Forderungen, vor allen Dingen aller wirtschaftlichen Forderungen, die von den Arbeitern gestellt werden! Das kam in den Reden der Abgg. Dr. Eberle und Dr. Blüher zum Ausdruck. Die Arbeiter müssen daraus lernen. Sie müssen daraus lernen, diesem bewußten Willen zur Macht bei der Bourgeoisie den bewußten Willen zur Macht auf Seiten der Arbeiterklasse gegenüberzustellen.

Herr Kollege Renner hat in seiner Rede eine sehr geschickte negative Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft geübt, aber was man an der Rede des Herrn Kollegen Renner und auch an der heutigen Rede des Herrn Kollegen Oppi vermisst hat, das ist das positive Programm, das ist der Weg, auf welchem die Arbeiter in Marsch gesetzt werden sollen zur Revolution. Das muß den Arbeitern ebenfalls gesagt werden. Es ist notwendig, ein klares Aktionsprogramm aufzustellen, so wie es von Kollegen Böttcher in seiner Rede am Dienstag entworfen worden ist. Wir sind der Meinung, daß es unbedingt gelingen muß, die breiten Arbeiterschichten, die heute in den Gewerkschaften noch unter sozialdemokratischer Führung stehen, für den bewußten Klassenkampf zu gewinnen. Wir sehen in den sozialdemokratischen Arbeitern unsere Klassengenossen. Wir hoffen sie nicht ab, wir sehen in der Lösung, heran an diese Massen, die Hauptaufgabe, die von uns aus gelöst werden muß, und wir sind überzeugt, daß wir diese Aufgabe lösen werden.

Wenn man von diesem Gesichtspunkte aus an die Rede des Herrn Abg. Ebel herantritt, dann muß ich sagen, seine Rede war ein Lied, aber ein Lied ohne

den Rhythmus des bewußten Klassenkampfwillens, es war eine Rede, die allerhand Kritik und kritische Bemerkungen zusammenstellte, aber in der das tiefere Bewußtsein, daß man das, was man sagt, auch glaubt und durchsetzen will, fehlte. Wo war z. B. in der Rede des Herrn Kollegen Ebel die Bekämpfung des Klassenkampfes? (Abg. Kaupisch: Über Selbstverständlichkeiten spricht man nicht!) Er sagte uns, daß man die Gemeindeordnung ändern, die Verwaltungsreform durchführen muß, er trat ein für einen Neuaufbau des Reiches, für neue Verfassungen. Die bürgerlichen Parteien haben ihm mit Recht zugerufen, daß der sozialdemokratische Minister im Reiche ein Steuerprogramm vorgelegt hat, das die arbeitende Klasse noch mehr belastet als bisher. Herr Ebel müßte sich, wenn er die marxistischen Grundzüge beherrschte, darüber im klaren sein, daß man eine Verwaltungsreform, die wirklich den Namen Verwaltungsreform verdient, nur durchführen kann im Zuge einer Revolution. Mit diesen Reden, mit diesen Bureaucraten, die wir jetzt in der Verwaltung sitzen haben, eine Verwaltungsreform zu machen, ist vollkommen unmöglich. Der Demokrat Seyfert sogar war der Meinung, daß man einen neuen Aufbau des Reiches, die Zentralisation des Reiches nur machen könne im Laufe eines neuen revolutionären Umsturzes, und Herr Ebel will uns hier einreden, daß man solche Dinge durch eine geschickte Koalitionspolitik oder sonst welche Dinge machen kann. (Widerpruch b. d. S. 10.) Solche Ansichten lehnen wir ganz entschieden ab. (Abg. Dobbert: Herr Kollege Siwert, Sie wissen ganz genau, daß Ebel sachlich denselben Standpunkt vertritt!) Was nützt es, wenn er theoretisch vielleicht noch schärfer diesen Standpunkt vertritt und wenn durch die Praxis den Arbeitern jeden Tag das Gegenteil bewiesen wird.

Die Reparationsverhandlungen sind für uns von großer Bedeutung. Wenn in den Reparationszahlungen festgelegt wird, Deutschland muß 1,5 oder 2 oder 3 Milliarden jährlich zahlen, so muß man der deutschen Wirtschaft die Möglichkeit geben, diese Summe aufzubringen, und sie wird von den Arbeitern aufgebracht. Aber die französischen, englische, italienische, belgische kapitalistische Gesellschaft produziert auch Waren; auch sie will ihre Waren los werden, und sie wird sie ebenfalls nur los, wenn es ihr gelingt, die Preise der Waren herabzubringen. Es ergibt sich daraus, daß die französische, die englische, die belgische Bourgeoisie den gleichen Weg gehen müssen, wie die deutsche, nämlich Senkung der Löhne der Arbeiter, Steigerung der Arbeitsleistung der Arbeiter, erhöhte Ausbeutung der Arbeiterklasse. Daraus ergibt sich trotz dieser unheilvollen Situation für uns eine gute Perspektive: es kommt der Tag, wo die Arbeiter Englands, Belgiens, Frankreichs, Deutschlands, aller Länder, die an den Reparationszahlungen beteiligt sind, erkennen, daß es notwendig ist, gegen die herrschende Klasse vorzugehen. Wir sind der Meinung, daß es Pflicht der kommunistischen Internationale ist, die Arbeiter Frankreichs, Englands, Belgiens usw. zu mobilisieren für die Forderung: keine Reparationszahlungen! Diese Forderung liegt durchaus im Interesse der gesamten Arbeiterklasse.

Was die zweite Internationale in ihren Beratungen getan hat, beweist uns wieder, daß sie die revolutionäre Lösung nicht will. Das Kommuniqué, das über die Verschlüsse veröffentlicht worden ist, zeigt uns nur, daß die sozialdemokratische Führerschaft in Belgien sich für die Forderungen der Bourgeoisie einsetzt. (Abg. Dobbert: Sie wissen ganz genau, wie sich die 2. Internationale für die Vereinnahmung des Reparationsproblems einsetzt hat!)

Dann eine Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Finanzministers Weber! Er sagt, daß wir in Sachen doch endlich begreifen sollen, daß wir eine Volksgemeinschaft sein müssen, die gemeinsam und einheitlich gegen das Reich stehen muß. Das ist eine solche hohe Phrase im Munde eines bürgerlichen Mannes, daß man erstlich dazu eigentlich nicht Stellung zu nehmen braucht. Solche Reden werden durch den Etat tausendfältig widerlegt. Der Etat ist nicht der Etat einer Volksgemeinschaft, einer Rotgemeinschaft, sondern der bewußte Etat einer herrschenden Gruppe, die ihren Willen der Arbeiterklasse aufzwingt und diktiert.

Weiter noch ein paar Worte zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Oppi! Er war sehr neugierig und stellte die Frage an uns, wie wir uns zu dem Rundschreiben des Zentralvorstandes des Metallarbeiterverbandes verhalten werden. Wir werden uns so verhalten, wie wir uns früher, als wir noch in einer Partei waren, immer zu solchen Rundschreiben verhalten haben. Wenn Herr Oppi überhaupt noch etwas lernen kann, dann möchte ich ihm empfehlen, daß er die „Krankheiten“ von Lenin wieder einmal liest, was Lenin für ein vernünftiges Urteil über die jetzige Taktik der Kommunisten fällt. Wir werden in den Gewerkschaften bleiben und verhalten, im Rahmen der Gewerkschaften den revolutionären kommunistischen Gedanken durchzusetzen. (Sehr richtig! b. d. Oppos. Komm.)

Wir sagen zum Schluß: wir lehnen diesen Etat ab, wir werden alles versuchen, die Arbeiter Sachgen in eine einheitliche Front gegen diese angebliche Rot- und Volksgemeinschaft zu bringen, sie mobil zu machen, und wir hoffen, daß es uns gelingen wird, nennenswerte Teile der sozialdemokratischen Arbeiterkraft für unsere Ansicht zu gewinnen. (Bravo b. d. Oppos. Komm.)

Abg. Müller (Planh) (Soz.): Wenn der Haushaltsplan 1920 auch mit einem verminderten Fehlbetrag abschließt, so ist damit noch kein Beweis dafür erbracht, daß sich die Verteilung und der Verbrauch der Mittel im sächsischen Staatshaushalt in allen Teilen und Einzelheiten irgendwie rechtfertigen lasse. Vor allem sieht man diesem Etat an, daß er in keiner Weise den Bedürfnissen der Masse und der Struktur der sächsischen Bevölkerungsmehrheit, der Hilfsbedürftigen, vor allem aber auch nicht den Bedürfnissen der Städte und Gemeinden Rechnung trägt, noch dazu, wenn man vor allen Dingen sich darüber im klaren ist — und bürgerliche Kommunalpolitiker sprechen das ja täglich aus —, daß die Gemeinden eigentlich die Zellen des Staates sein sollen. Das steht natürlich voraus, daß

diese Zellen gesund sind und damit die Gesundung des Staates ermöglichen. Nun entsteht aber durchaus nicht nur ein zahlenmäßiger Fehlbetrag, sondern der Fehlbetrag, der hinsichtlich der Erfüllung wichtigster anerkannter Bedürfnisse und Forderungen entsteht, ist ja noch viel schlimmer, und da ist doch die Frage zu stellen: Was ist aus den auf dem sächsischen Gemeindegtag mit sehr viel Wohlwollen behandelten Forderungen der Spitzenorganisation der sächsischen Gemeinden geworden? Aus dem Haushaltsplan ist nicht bei einer einzigen Position der Etatkapitel ersichtlich, daß man diesen so berechtigten Forderungen und Anträgen in irgend einer Form entgegengekommen wäre, weder in der Frage der Aufhebung der Verknüpfung der Grund- und Gewerbesteuer, noch in der Frage der Verringerung der Höchstätze für Zuschläge für die Grund- und Gewerbesteuer. Wir sind uns darüber klar, daß der wirtschaftsparteiliche Finanzminister gar nicht daran denkt, in dieser Weise auch nur einen Grad finanzieller Besserung in den Gemeinden eintreten zu lassen. Ganz anders ist die Einstellung der sächsischen Regierung allerdings, wenn es sich um die Besteuerung der Konsumvereine handelt. (Sehr gut! b. d. S. 10.) Da sieht man ja, welche Forderungen seitens der sächsischen Regierung aufgestellt worden sind.

Ebenso verhält es sich mit den Erhöhungen der Zuweisungen an den Landesausgleichslohn. Die Frage der Übernahme der Durchgangsstrassen ist ja wiederholt Gegenstand der Diskussion gewesen, auch auf dem sächsischen Gemeindegtag. Wir sind uns natürlich darüber im klaren, daß man nicht mit einem Schläge diese Durchgangsstrassen herstellen kann. Aber aus dem Haushaltsplan geht mit aller Deutlichkeit hervor, wie gerade der sächsische Staat dem Beispiele des Reiches in der Borenhaltung der Finanzen gegenüber den Gemeinden nachfolgt. Ebenso verhält es sich mit der Übernahme der gemeindlichen Berufsschulen und höheren Schulen auf den Staat, mit der Übernahme der Kosten für die Kriegs- und Inflationsopfersorge, solange vom Reiche die Anerkennung als nationale Pflichtaufgaben und damit die Übernahme nicht erreicht ist. Nichts steht im Etat von einer Erhöhung der Zuweisungen an die Bezirksverbände. Der Finanzminister Weber hat ja jetzt die Möglichkeit, sich hinter dem breiten Rücken des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding zu verstecken, und das ist ihm ja noch viel angenehmer, weil dieser jetzige Reichsfinanzminister dank einer koalitionsfreundlichen Mehrheit in der Sozialdemokratischen Partei eben Sozialdemokrat ist. Aber ich hätte eigentlich nicht geglaubt, daß sich der Finanzminister sogar in die Linie der Demagogie begibt. (Sehr gut! b. d. S. 10.) Und da will ich doch eine Richtigstellung machen.

Der Herr Finanzminister Weber hat zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsregierung in diesem Jahre 15 Mill. M. weniger als die vorige Reichsregierung für die Rentnerfürsorge eingestellt habe. Was ist daran richtig? Die vorige Reichsregierung hat 25 Mill. M. in den Etat eingestellt, und der Reichstag hat auf Anträge der Sozialdemokraten hin diese Summe auf 50 Mill. M. heraufgesetzt. Die jetzige Reichsregierung hat 35 Millionen eingestellt, also 10 Millionen mehr als die Bürgerblockregierung. (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. S. 10.) Ich will diese Richtigstellung nur machen, weil mir daran liegt, daß wir in Sachen einem Minister nicht allzuviel Demagogie eintäumen. (Abg. Kaupisch: Und nicht zuviel glauben sollen!)

Er hat dann auch im Zusammenhang damit die Rede meines Parteifreundes Ebel kritisiert, weil dieser zum Ausdruck brachte, daß das, was im Dawesgutachten mit aller Deutlichkeit herausgestellt ist, nämlich, daß die deutsche Wirtschaft noch mehr aufzubringen imstande sei, richtig ist. Aber der Herr Finanzminister hätte ja bei dieser Gelegenheit einmal an die Subventionspolitik erinnern können, die im Reiche eine so ungeheure Rolle gespielt hat (Sehr richtig! b. d. S. 10.) und die der Wirtschaft in die Taschen geflossen ist.

Die sächsische Regierung hat also den Forderungen des sächsischen Gemeindegtages bei Aufstellung des Haushaltsplanes in gar keiner Weise Beachtung geschenkt, ebenso wenig, wie man dem sächsischen Gemeindegtag bei Zusammenfassung des Landesbahnbauhaushalts Beachtung geschenkt hat. Da haben wir ja erleben können, daß das Wirtschaftsministerium, das erst eine Anforderung an den Vorstand des sächsischen Gemeindegtages ergehen lassen hat, dann den Vorschlag des sächsischen Gemeindegtages nicht beachtet hat. Diese Nichtachtung bedeutet natürlich für uns nicht nur eine politische Ablehnung des Sozialdemokraten Ullig, sondern sie ist darüber hinaus nichts anderes als eine Bräuterei des sächsischen Gemeindegtages durch das sächsische Wirtschaftsministerium in dieser Frage. (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. S. 10.)

Besonderes Verständnis zeigt aber der Etat zur Befriedigung des bürokratischen Apparates. 65,4 Proz. des Gesamtaufkommens des Etats betreffen die persönlichen Lasten dieses bürokratischen und bürgerlichen Staatsapparates, und es muß dabei ganz ernsthaft die Frage gestellt werden, ob überhaupt dieser aufgeschblähte und überorganisierte Apparat für alle Zukunft in solchem Umfange bestehen bleiben kann. Jedenfalls muß man die Frage diskutieren, ob nicht eine Änderung an Haupt und Gliedern vorzunehmen ist. Und bei dieser Änderung an Haupt und Gliedern muß natürlich die erste Frage sein, ob denn überhaupt das Wirtschaftsministerium noch eine Daseins- und Bestehensberechtigung hat, denn wenn man die Frage einmal in ihren Einzelheiten aufrollt, so wird man natürlich dabei beachten müssen, daß dem Wirtschaftsministerium eine ganze Reihe von Lebensmöglichkeiten in den letzten 10 Jahren entzogen worden sind (Sehr richtig! b. d. S. 10.) und daß es daher immer außerordentlich bemüht ist, möglichst andere Zweige in sein Ressort einzubeziehen, damit es überhaupt seine Daseinsberechtigung noch erhalten kann. (Sehr richtig! b. d. S. 10.)

Die Verwaltungsreform ist in verschiedener Weise hier berührt worden. Wir haben durchaus nicht etwa wie Herr Kollege Siwert die Auffassung, daß durch die Verwaltungsreform etwa ein Etat geschaffen würde, eine Gesellschaftsordnung geschaffen würde, die zu den Zielen der Sozialdemokratischen Partei gehört. Wir wissen aber auch, daß die Ver-

(Fortsetzung in der Beilage.)